

Rektorat  
Am neuen Standort während der Sanierung am Schillerplatz:  
Augasse 2-6  
A-1090 Wien  
T + 43 (1) 588 16 – 1000  
[rektorin@akbild.ac.at](mailto:rektorin@akbild.ac.at)  
[www.akbild.ac.at](http://www.akbild.ac.at)

## **Stellungnahme der Akademie der bildenden Kunst Wien zum Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden;**

Geschäftszahl: BMASGK-433.001/0004-VI/B/7/2019

Die Akademie der bildenden Künste Wien nimmt zum vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden, wie folgt Stellung:

### Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes:

„Sonstige Schlüsselkräfte und Studienabsolventen“ - § 12b: Der neue Paragraph 12b sieht vor, dass Schlüsselkräfte unter 30 Jahren künftig für die beabsichtigte Beschäftigung ein monatliches Bruttoentgelt, das mindestens 40 vH oder, sofern sie das 30. Lebensjahr überschritten haben, mindestens 50 vH der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage zuzüglich Sonderzahlungen nachweisen müssen. Die Akademie der bildenden Künste Wien unterstützt diese Herabsetzung des Mindestgehalts für Schlüsselkräfte, regt jedoch an diese noch weiter herabzusetzen und dies auch für Studienabsolvent\_innen durchzuführen.

Die Akademie der bildenden Künste Wien tritt mit Nachdruck dafür ein, auch möglichst viele Absolvent\_innen langfristig in Österreich zu halten, ist doch der Anteil an ausländischen Studierenden und somit Absolvent\_innen an unserer Universität relativ hoch. Diese Personen sind bestens integriert, sprechen hervorragend Deutsch und haben durch ihre Hochschulbildung Qualifikationen erworben, die sie über eine Anstellung wieder in den österreichischen Arbeitsmarkt einbringen (könnten).

Deswegen ist es erforderlich auch bei Studienabsolvent\_innen die Bemessungsgrundlage für das Mindestgehalt zu senken. Studienabsolvent\_innen müssen nach geltender Rechtslage nach wie vor 45 vH der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage zuzüglich Sonderzahlungen nachweisen, um die Rot-Weiß-Rot Karte „Studienabsolvent“ zu erhalten, eine Ungleichbehandlung die nicht

nachvollziehbar ist. Es wäre daher zielführend, das Mindestgehalt für Studienabsolvent\_innen analog zu jenem der Schlüsselkräfte auf 40 vH der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage zuzüglich Sonderzahlungen anzupassen.

Wir ersuchen im Interesse der Absolvent\_innen aber auch im Interesse Österreichs diese Angleichung durchzuführen.

Eva Blimlinger, **Rektorin**

Andrea B. Braidt, **Vizerektorin für Kunst | Forschung**

Karin Riegler, **Vizerektorin für Lehre | Nachwuchsförderung**

Wien, am 29. März 2019